

Konferenz in Ost-Jerusalem zum Thema „Menschenrechte in Nahost“

Die „Katastrophe“ ist nicht verwunden

Von Ludwig Watzal

Nachdem die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Staatsgründung Israels etwas abgeebbt sind, melden sich jetzt auch die direkt Betroffenen, die Palästinenser, nach und nach zu Wort. Um ihrem Anliegen mehr Geltung und Beachtung zu verschaffen, veranstaltete die Palästinensische Gesellschaft für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt (LAW) vom 7. Bis 10. Juni in Ost-Jerusalem eine Konferenz unter dem Motto: „50 Jahre Menschenrechtsverletzungen: Palästinenser vertrieben.“ Zirka 700 Teilnehmer aus mehr als 15 Ländern beteiligten sich in zahlreichen Foren, Arbeitsgruppen und Workshops an den intensiven Diskussionen, die alle Facetten der Staatsgründung, der „palästinensischen Katastrophe“ (al-Nakba), erörterten. Selbst die zahlreichen israelischen Teilnehmer ergriffen eindeutig Partei für die Palästinenser.

Was für die Juden die Erfüllung ihrer Sehnsüchte bedeutete, grub sich im kollektiven Gedächtnis der Palästinenser als Katastrophe ein. Aus zahlreichen Beiträgen wurde deutlich, wie zentral die Vertreibung aus ihren Dörfern und Städten und der Verlust des Landes für die Palästinenser bis heute ist. Hanan Ashrawi, palästinensische Ministerin für Hochschulwesen, machte in ihrem Eingangsstatement deutlich, daß „wir unter Beweis stellen müssen, daß wir das Volk des Landes sind“. Die Palästinenser seien nicht die „dunkle Seite des Mondes, sondern die ursprünglichen Bewoh-

ner“. Die zentrale Frage ist „das Land, Frieden und Souveränität“, so Ashrawi. Für sie sei Ost-Jerusalem keine Frage von Verhandlungen, sondern „es ist besetztes Land“.

Die schwedische Abgeordnete der Grünen-Partei, Yvonne Abu Ruwaida, scheute sich nicht, als Exil-Palästinenserin auch die Palästinensische Autonomiebehörde zu kritisieren. „Es gibt keinen Staat, den die Palästinenser ihr Heimatland nennen können.“ Israel verletze in vielfältiger Weise die Menschenrechte der Palästinenser. „Die israelische Regierung hegt nicht den wirklichen Wunsch, Frieden zu schließen. Ihr Ziel ist die ethnische Säuberung.“ Trotz dieser depressiven Lage, verbreitete Abu Ruwaida Optimismus, insbesondere unter den jugendlichen Teilnehmern, die Abu Ruwaida zu einem verstärkten politischen Engagement und Bildungsanstrengungen animierte.

Eine überaus interessante Einordnung des israelisch-palästinensischen Konfliktes nahm Norman Finkelstein, Dozent an der New York Universität, vor, indem er die Eroberung palästinensischen Landes in eine Reihe der europäischen Eroberungen einreichte, die sich folgender Strategien bediente: der Ausrottung, der Ausweisung, der Einkreisung und der Versklavung. Den Osloer-Prozess bezeichnete er als den Höhepunkt der „Einkreisungs- und Ausbeutungsphase“. In diesem Prozeß ergehe es den Palästinensern wie den Indianern Nordamerikas oder den Schwarzen in den südafrikanischen Bantustans. Für diese ange-

strebte Lösung werden die Palästinenser höchstens 50% des Landes erhalten, und Arafat wird die Verantwortung der Entscheidung aufgebürdet, so Finkelstein.

Weitere Themen waren die diversen Menschenrechtsverletzungen von seiten Israels und der palästinensischen Autonomiebehörde; letztere wurden eher verhalten kritisiert. Debattiert wurde ferner über die Flüchtlingsfrage in den Ländern Libanon, Syrien und anderen arabischen Ländern, über Völkerrecht und Besetzung, über die Lage der Menschenrechtsorganisationen nach Oslo und die der anderer Nichtregierungsorganisationen. Der Wiederaufbau einer internationalen Solidaritätsfront war ein zentrales Anliegen einiger Workshops. Auffallend war, daß Arafat als Person von jeglicher Kritik ausgenommen wurde, obwohl doch er ein diktatorisch-autoritäres Regime errichtet hat, das die Menschenrechte seiner eigenen Bevölkerung gering achtet und sich der Korruption eher verpflichtet fühlt, als dem Wohlergehen seiner Untertanen. Die palästinensischen Vertreter kritisierten seine Behörde eher abstrakt und sehr zurückhaltend. Hätte vielleicht sonst die Veranstaltung gar nicht stattfinden können? Waren Arafats Spitzel nicht vor Ort präsent? Trotz dieser Nachteile war die Konferenz wichtig, weil sie deutlich gemacht hat, was an Ungerechtigkeit noch aufgearbeitet werden muß, ehe ein Frieden in Gerechtigkeit gegenüber der Gewalt in Israel/Palästina die Oberhand gewinnen kann. ●